



INFOBLATT

Informationen der SPD Pankow

April-August 2019 | Nummer 101



Liebe Genoss*innen,

der Wahlkampf um das Europäische Parlament ist seit gut zwei Monaten beendet. Das sehr schlechte Abschneiden und die Nachwirkungen versuchen wir immer noch zu verdauen. Inzwischen stellt sich heraus, dass die kommissarischen Vorsitzenden sowohl an der Partei- als auch vor allem an der Fraktionspitze geschickt agieren. Damit geben sie uns als Partei aber auch den Parlamentsfraktionen ausreichend Ruhe, um uns gemeinsam neu aufzustellen. Diese Neuaufstellung ist auch dringend notwendig, denn zu viele Fehler sind gemacht worden. Dabei möchte ich nicht alle Schuld bei der ehemaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden abladen. Denn immerhin werden in unserer Partei Vorstände, nicht Alleinherrscher*innen gewählt. Wo war die kollektive Führung? Wo ist die gemeinschaftliche Verantwortung? Wir müssen etwas ändern, am besten bevor wir erneut den Vorsitz besetzen. Doch dazu auf Seite 3/4 in diesem Infoblatt ein paar Anmerkungen von mir.

In Pankow sind wir seit einigen Jahren mit der Neuaufstellung beschäftigt. Diesen Weg werden wir konsequent fortsetzen! Wir sind 2016 mit zwei Genossinnen als Spitzenkandidatinnen in den Wahlkampf um Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung gezogen, mit einem breit diskutierten und akzeptierten Wahlprogramm. Im August wird der Kreisvorstand darüber beschließen, wie wir die nächsten zwei Jahre bis zu den Wahlen 2021 in Pankow gestalten werden. Gleichzeitig arbeiten wir an Ideen zur besseren Wahrnehmung unseres Kreisverbandes in der Pankower Öffentlichkeit.

Packen wir es gemeinsam an, Genossinnen und Genossen!

FREUNDSCHAFT,

Euer Knut Lambertin (Kreisvorsitzender)

Inhalt

| | |
|--|--------|
| Grußwort des Kreisvorsitzenden | S. 1 |
| Bezirksamt behindert politische Betätigung der SPD | S. 2 |
| Ella-Kay-Preis 2019 | S. 2 |
| SPD Weißensee sucht Fotos aus der Gründungszeit | S. 2 |
| SPD neu aufstellen | S. 3/4 |
| Neuer BVV-Fraktionsvorstand gewählt | S. 4 |
| Öffentliche Freiräume erhalten | S. 4/5 |
| Ein Modehaus für Pankow | S. 6 |
| Genosse statt nur Mieter | S. 6 |
| Wir entlasten Berlins Familien | S. 7 |
| Politische Großbaustelle geschlossen | S. 8/9 |
| Spenden und Mitgliedsbeiträge | S. 9 |
| Impressum | S. 9 |

Pankower Unterstützung für den Wahlkampf in Brandenburg

Am 1. September finden in Brandenburg Landtagswahlen statt. Die Wahlumfragen sehen drei Parteien gleichauf bei knapp 20 Prozent: SPD, CDU und die rechtsextreme AfD. Bei diesem Wahlausgang wäre die SPD gegenüber den Wahlen 2014 um 13 bis 14 Prozentpunkte geschrumpft. Grund genug, einen fulminanten Wahlkampf in der Mark zu führen. Seit Anfang Juli ist die SPD Brandenburg unter dem Motto „EIN Brandenburg“ auf der Straße, um politischen Kräften, die die Gesellschaft zu spalten suchen, ein Konzept, das für ein Miteinander der Regionen und der Generationen, ein Land der Solidarität, Offenheit und Gerechtigkeit steht, entgegenzustellen. Zwei Pankower Abteilungen — die SPD Prenzlauer Berg NordOst und die SPD Kollwitzplatz, Winkiez, Kastanienallee — sind Mitte Juli zur Unterstützung der Genoss*innen im nördlich an Pankow angrenzenden Landkreis Barnim aktiv geworden. Weitere Abteilungen planen Unterstützungsmaßnahmen. Wenn ihr die Brandenburger SPD ebenfalls im Straßenwahlkampf unterstützen wollt, wendet euch bitte an eure Abteilungsvorstände.

SPD-Ehrenamtspreis für Verband alleinerziehender Mütter und Väter

Der diesjährige Ella-Kay-Bürgerpreis der SPD Pankow ging an den Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Berlin (VAMV). In ihrer Laudatio bedankte sich unsere Stadträtin Rona Tietje bei der VAMV-Geschäftsführerin Claudia Chmel für das erfolgreiche Engagement des Verbandes. Für den Einsatz zur Beseitigung noch bestehender Benachteiligungen bedankte sich auch

Pankows Kreisvorsitzender Knut Lambertin. Eine Jury der SPD Pankow und der AWO Nordost hatte die Preisträgerin ausgewählt. Die SPD Pankow verleiht jedes Jahr den mit 300 Euro dotierten Preis und setzt damit ein Zeichen für das Ehrenamt im Bezirk Pankow.

SPD Weißensee sucht Fotos aus der Gründungszeit

Zum 30. Mal jährt sich in diesem Jahr nicht nur der Mauerfall, sondern auch die Wiedergründung der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der damaligen DDR. Im Herbst 1989 fanden auch im Bezirk Pankow zahlreiche Gründungsversammlungen statt. Eine besondere Rolle spielte dabei die heutige Abteilung Weißensee, stellte sie doch mit dem letzten Oberbürgermeister Ost-Berlins Tino Schwierzina (1990-1991) und dem Bezirksbürgermeister Gert Schilling (1990-2000) zwei wesentliche Protagonisten dieser Zeit. Während Tino Schwierzina Ende 2003 verstorben ist, freuen wir uns, dass uns mit Gert Schilling ein herausragender Zeitzeuge geblieben ist.

Das Jubiläum wird die Weißenseer SPD am 28. November mit einer Festveranstaltung am damaligen Gründungsort, dem Katharinen-saal, feiern. Geplant sind aber darüber hinaus eine Publikation und eventuell eine Ausstellung. Dafür sind wir auf der Suche nach Fotos von SDP- bzw. SPD-Veranstaltungen aus den Jahren ab/nach 1989. Solltet ihr solche Bilder, auf Papier oder schon digitalisiert, haben und uns ausleihen können, setzt euch bitte per E-Mail (info@dennis-buchner.de) oder telefonisch (92 37 31 67) mit uns in Verbindung.

Dennis Buchner (Mitglied des Abgeordneten-hauses von Berlin)

SPD neu aufstellen: Anforderungen an den künftigen Parteivorstand der SPD

Der Kreisvorstand der SPD Pankow hat sich in seinen Sitzungen am 17. Juni und 8. Juli 2019 mit Anforderungen an den künftigen Parteivorstand beschäftigt. Diese sollen in die innerparteiliche Debatte eingebracht werden, statt immer nur neue Kandidat*innen zu diskutieren. Folgende Überlegungen fanden die Unterstützung des Kreisvorstandes:

Die Sozialdemokratie und auch die Sozialdemokratische Partei werden gebraucht – von den Millionen nicht den Millionär*innen. Die verfestigten Strukturen sozialer Ungleichheit, die in massiver Einkommens- und Vermögensungleichheit ablesbar sind, bedingen ungleiche Versorgung mit Wohnraum, ungleiche Gesundheit und Lebenserwartung sowie Bildungsungleichheit. Der soziale Friede in unserer Republik wird wackelig.

Auf den künftigen Parteivorstand warten folgende Aufgaben:

1. strategisch:

- a) Lösungen für Probleme müssen zukünftig mit einer Problembeschreibung einhergehen – auch wenn die Entstehung dieser Probleme in sozialdemokratische Regierungsverantwortung fällt. Findet die Fehler, benennt sie und löst sie!
- b) Ein neues Grundsatzprogramm muss diskutiert und beschlossen werden, das den aktuellen Zustand der Gesellschaft und die Ursachen benennt. Die programmatischen Wurzeln der sozialdemokratischen Bewegung müssen neu austreiben.
- c) Die Sozialdemokratische Partei ist Teil der Zivilgesellschaft, nicht Teil des Ap-

parats. Sie muss wieder zunächst mit den Organisationen der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in kontinuierliche und verlässliche Dialoge eintreten. Dann aber auch mit weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen – und auch Kulturschaffenden und Wissenschaftler*innen.

- d) Gesellschaft muss humaner, freiheitlicher, gerechter und solidarischer gestaltet werden. Gesellschaftliche Mehrheiten sind dafür die Grundlage – letztlich auch für erfolgreiche parlamentarische Mehrheiten.
- e) Die Glaubwürdigkeit kehrt dann zurück, wenn die Gestaltung einer besseren Gesellschaft nachvollziehbar das Zentrum sozialdemokratischer Bestrebungen bildet und Streben nach Mandaten und Regierungsposten glaubhaft Mittel für diesen Zweck sind.

2. organisationspolitisch:

- a) Gesellschaftliche Debatten wie Migration, Sozialisierungen, Gestaltung des Sozialstaats müssen in der Partei und der Bewegung insgesamt geführt werden können, d.h. auch auf Abteilungs- und Kreisebene, bevor notwendige Kompromisse die Partei zu zerreißen und die Bewegung spalten drohen. Begleitend sind inhaltliche Schulungen anzubieten, um möglichst viele Genoss*innen die kompetente Teilhabe an solchen Debatten zu ermöglichen.
- b) Die Funktionär*innen und ihre jeweiligen Ebenen müssen wieder ernstgenommen werden – und nicht, je nach Vorteilsabschätzung übergangen oder entmündigt werden. Dazu ist ein erster Schritt in diese Richtung ein Gremium, in dem Funktionär*innen verschiedener

Gliederungsebenen und sozialdemokratischer Organisationen wichtige Debatten führen und Beschlüsse fassen.

- c) Die Wiederertüchtigung der Partei-Ebenen, in dem Funktionär*innen-Schulungen für gute Parteiarbeit (Organisation der Gliederungen, Mitgliedergewinnung, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenspiel mit sozialdemokratischer Bewegung und Fraktionen sowie Bündnisarbeit) durchgeführt werden.

Dafür ist ein Parteivorstand notwendig, der sich als Arbeitsgremium versteht, nicht als Aufsichtsrat, und solidarisch arbeitsteilig die wichtigen Politikfelder abdeckt und programmatisch weiterentwickelt. Teamfähigkeit ist dabei das entscheidende Kriterium, insbesondere wenn ein paritätisch besetzter Parteivorstand beschlossen wird – und wesentlich wichtiger als Einzelkämpfer*innentum und Personenkult.

Verantwortlichkeit für Themen, Kompetenz und Einbeziehung der sozialdemokratischen Bewegung und Gewerkschaften sowie der unterschiedlichen Gliederungsebenen ist bei der Neuwahl des Parteivorstands wichtiger als ein überkommener Regional-Proporz.

Angesichts der Herausforderungen sind strategische und organisationspolitische Fähigkeiten, Kenntnisse und Neigungen vitale Anforderungen.

Und an dieser Stelle noch ganz persönlich: Wir müssen dringend damit beginnen, in der Öffentlichkeit wertschätzend, solidarisch und positiv über unsere Genoss*innen und deren Vorstellungen zu sprechen – und den Rest intern zu halten!

Knut Lambertin (Kreisvorsitzender)

Pankower SPD-Fraktionsvorstand wird jünger und weiblicher!

Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat turnusgemäß ihren Fraktionsvorstand im Frühjahr 2019 gewählt: Roland Schröder kandidierte erneut als Fraktionsvorsitzender und wurde wiedergewählt. Nachdem Mechthild Schomann als stellvertretende Fraktionsvorsitzende nicht erneut kandidierte, rücken Tannaz Falaknaz und Stephanie Wölk in den Fraktionsvorstand auf. Thomas Bohla wurde als stellvertretender Fraktionsvorsitzender ebenfalls wiedergewählt. Dadurch ist der Fraktionsvorstand jünger und weiblicher aufgestellt, zugleich werden viele Themenbereiche der politischen Arbeit in Pankow abgedeckt.



Der neu gewählte Vorstand der SPD-Fraktion in der BVV Pankow und die ehemalige stellvertretende Vorsitzende (v.l.n.r.: Stephanie Wölk, Thomas Bohla, Mechthild Schomann, Roland Schröder, Tannaz Falaknaz).

Öffentliche Freiräume für Erholung und Kultur in Pankow für uns alle erhalten!

Im ersten Halbjahr 2019 erreichten uns viele Meldungen über Einschränkungen bei der Nutzung der öffentlichen Grün- und Freiflächen in Pankow, die vermuten lassen, dass das Verwaltungshandeln nicht zufällig erfolgt, sondern eine gezielte Veränderung der Nut-

zung verfolgt wird. So arbeiteten die für Grünflächen und Ordnung zuständigen Ämter anscheinend eng zusammen, als ein Verbot des Sonntags-Karaoke angekündigt wurde und die Absage der Walpurgisnacht im Mauerpark erfolgte. Selbst der SPD-Kreisverband war von diesem Verwaltungshandeln betroffen, denn der Kreisverband erhielt keine Genehmigung für das traditionelle Maifest im Bürgerpark und musste erfolgreich vor Gericht ziehen, um es doch veranstalten zu können. Kürzlich traf es den Restaurantsbetrieb Alois S. mit dem angrenzenden Spielplatz an der Stargarder Straße. Ihm wurde kurzerhand die seit 20 Jahren konfliktfreie Außengastronomie untersagt und sogar Ordnungsgelder auferlegt.

Die SPD-Fraktion steht für ein buntes, lebendiges und vielfältiges Pankow. Gerade unsere Frei- und Grünflächen sind für die Menschen da, damit diese sich erholen und eine schöne Freizeit erleben können, wie es beispielsweise das Sonntags-Karaoke im Mauerpark ermöglicht. Deshalb haben wir uns für in der BVV Pankow mit gleich drei Anträgen für die Erhaltung des Mauerparks und für das Sonntags-Karaoke eingesetzt und die erforderlichen Mehrheiten erreicht. Im Ergebnis findet das Karaoke wieder statt und für den Mauerpark wurden gemeinsam mit den Akteur*innen neue Regeln für die Nutzung erstellt. Der Mauerpark wird hoffentlich ein weltweit bekannter und für Pankow wichtiger Kulturstandort mit besonderer Symbolkraft bleiben. Diesen Ort der Kreativität der Akteur*innen und Straßenmusiker*innen sowie der örtlichen und internationalen Begegnung wollen wir erhalten und behutsam entwickeln.

Und nun zum Alois S.: Das Miteinander von Gastronomie und dem sogenannten Elefanten-Spielplatz besteht bald 20 Jahre. Hierfür

wurde gemeinsamen geplant, entworfen und gebaut. Dieser Grundgedanke wurde von Anfang an verfolgt und durch die Öffnung der Brandwand zum Restaurantsbetrieb Alois S. auch baulich hergestellt. So entstand ein beliebter Treffpunkt für viele Eltern aus dem Kiez. Hier wird das gemütliche miteinander von Essen, Trinken und Freizeit im Familienverbund gelebt und genossen. Die Übernahme von Reinigung und Pflegemaßnahmen durch Gäste und Mitarbeiter*innen des Alois S. haben bewirkt, dass der Spielplatz zu den saubersten und am besten gepflegten Plätzen des Bezirks gehört. Eine derartige Nachbarschaft dürfte schwer zu finden sein; sie ist also schützenswert. Für das Handeln von Straßen- und Grünflächenamt sowie Umwelt- und Ordnungsamt besteht hingegen keine gesetzliche Grundlage. Es richtet sich gegen die Interessen der Anwohner*innen und greift die in Pankow gesetzten Maßstäbe an, weil sie dem kleingeistigen Weltbild entgegenstehen. Wir haben deshalb in einer Sondersitzung des Verkehrsausschusses einen Antrag eingebracht, um den Zustand umgehend zu beenden. Der Antrag erhielt eine sehr breite Zustimmung, da sich nur die bündnisgrünen Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung enthielten. Nun wird im Alois S. draußen wieder serviert!

Der Charme unseres Bezirks darf nicht unter Politikern und Verwaltungen leiden, die nur Ruhe, Ordnung und Sauberkeit durchsetzen und unter dem Deckmantel von Natur- und Klimaschutz gewachsene Kiezkultur und lebendige Vielfalt verbieten wollen. Die SPD-Fraktion steht weiterhin für ein buntes, offenes und vielfältiges Pankow. Wenn es denn manchmal auch etwas chaotischer und lauter als in anderen Teilen Berlins wird, werden wir als Berliner*innen doch bestimmt damit klar kommen, oder?

Roland Schröder (BVV-Fraktionsvorsitzender)

Ein Modehaus für Pankow

Bezirkliche Wirtschaftsförderung startet Projekt zur Unterstützung der Modebranche

Mode in Berlin boomt: Etwa 2.800 Unternehmen der Modebranche sind hier ansässig. Die Berlin Fashion Week zieht Interessierte aus aller Welt an und 16 (Hoch-)Schulen bilden im Bereich Mode aus. So studieren in Pankow an der Kunsthochschule Weißensee junge Menschen aus vielen Ländern neben Mode- auch Textil- und Flächendesign.

Trotzdem ist es für kleine Unternehmen und lokale Designer oft schwer, sich dauerhaft zu etablieren. Hier setzt das neue Projekt der Pankower Wirtschaftsförderung an. Mit dem Aufbau eines Modenetzwerkes werden kleine und mittelständische Unternehmen der Modebranche unterstützt. Dies soll durch Gründungsberatung, Hilfe bei Marketing und Vertrieb sowie die Förderung von Kooperationen der Modeschaffenden untereinander geschehen. Ein Schwerpunkt wird auf der Produktion nachhaltiger Mode liegen. Das Projekt wird als wirtschaftsdienliche Maßnahme (WDM) aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) gefördert. Als Partner konnten wir u.a. die Kunsthochschule Weißensee und den Bezirk Mitte gewinnen. Der Startschuss für das Modenetzwerk fällt nach der Sommerpause mit einer Bedarfsanalyse für den Modestandort Pankow. Aus dieser Analyse werden dann konkrete Maßnahmen abgeleitet. Erste Ergebnisse werden 2020 vorliegen. Die Vision des Projektes ist die Entwicklung eines gemeinsamen Modestandortes, an dem Design, Produktion und Vertrieb unter einem Dach stattfindet – ein Modehaus für Pankow.

Rona Tietje (Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft und Soziales)

Genoss*in statt nur Mieter*in

Die neue Genossenschaft „Diese eG“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, Häuser zu kaufen, die nicht von Wohnungsbaugesellschaften vorgekauft werden können. Bei vier Käufen kam sie bereits zum Einsatz.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften stoßen bei Vorkaufsfällen in Milieuschutzgebieten vermehrt an ihre Grenzen. Oft können sie sich trotz der Zuschüsse des Landes die horrenden Preise der Immobilien nicht leisten. Dadurch fallen vermehrt Häuser in den Besitz aggressiver Investoren, die zu harten Mieterhöhungen und Umwandlung in Eigentumswohnungen bereit sind.

Ende Mai gründete sich, auf Grund einer hohen Anzahl von parallelen Vorkaufsfällen die Genossenschaft „Diese eG“. Ein Modell, das nicht nur die Häuser den Investor*innen entziehen will, sondern den Anwohner*innen auch Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrecht an ihren Häusern geben will. Sie werden Genoss*innen des Hauses und zeichnen Anteile. Sowohl für WBS-Berechtigte als auch für Sozialleistungsempfänger*innen bestehen Finanzierungsmöglichkeiten. Die Finanzierung besteht aus drei weiteren Säulen: einem Zuschuss des Senats, einem Programm des Landes Berlin zur Förderung von Genossenschaften, das günstige Darlehen gewährt, sowie Bankdarlehen. Bei den Betroffenen stößt das Modell auf großen Zuspruch. Es ist der letzte Weg den Verkauf an einen Investor zu vermeiden, wenn keine landeseigene Gesellschaft mehr kaufen kann.

Ich freue mich, dass wir als SPD die Genossenschaft seit ihrer Gründung unterstützen. Denn sie ist eine wichtige Ergänzung unserer zahlreichen Maßnahmen gegen den Mietenwahnsinn.

Cansel Kiziltepe (Mitglied des Bundestages)

Wir entlasten Berlins Familien

Sommerferien – das ist in diesem Jahr auch in finanzieller Hinsicht ein Grund zur Freude. Denn zum neuen Schul- und Kita-Jahr treten viele Maßnahmen in Kraft, die Berlins Familien entlasten.

Die Berliner Landesregierung hat sich zum Schwerpunkt gesetzt, gute Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen. Der Senat hat deutliche Schwerpunkte bei familienpolitischen Leistungen gesetzt, bestehende Angebote ausgebaut und Kosten für Familien reduziert. So wurden u.a. Familienzentren geschaffen, die Familien-Beratung und Familien-Erholung ausgebaut und die Kita-Gebühren abgeschafft.

Zum kommenden Schuljahr führt Berlin das kostenlose Schüler*innen-Ticket ein. Der Berliner Senat hat beschlossen, dass Berliner Schüler*innen ab dem Schuljahr 2019/2020 den ÖPNV in Berlin im Tarifbereich AB kostenlos nutzen dürfen.

Berlin setzt ein weiteres bildungs- und familienpolitisches Vorhaben um: Ab dem 1. August 2019 können alle Schüler*innen der Jahrgangsstufen 1 und 2 beitragsfrei den offenen Ganztagsbereich besuchen. Sie können somit bis 16 Uhr am Ganztage teilnehmen, ohne dass Eltern dafür einen Bedarf nachweisen müssen. Der Ausbau der Ganztagsangebote hat in Berlin seit langem höchste bildungspolitische Priorität. Bei uns ist längst jede Grundschule eine Ganztagschule. Mit der beitragsfreien Betreuung und Förderung am Nachmittag (Hortbereich) in den ersten beiden Jahrgangsstufen übernimmt Berlin nun erneut eine bundesweite Vorreiterrolle. Wir entlasten Familien und fördern die Kinder. Die Ganztagschule bietet die besten Rahmenbedingungen dafür, Lernprozesse vielfältig, schüler*innenbezogen und wirksam zu

gestalten. Es steht deutlich mehr Zeit zur Verfügung, um Spiel- und Freizeitangebote, aber auch gezielte Fördermaßnahmen in den Schulalltag zu integrieren.

Darüber hinaus schafft Berlin mit dem neuen Schuljahr den Elternbeitrag zum Schulmittagessen für die Klassen 1 bis 6 ab. Somit werden deutlich mehr Kinder ein warmes Schulmittagessen bekommen. Elternbeiträge sind ein wesentlicher Grund dafür, dass Kinder nicht am Schulessen teilnehmen. Dadurch benachteiligen und stigmatisieren sie Kinder aus armen Familien, Lernleistungen verschlechtern sich und führen zu einer ungesünderen Ernährung. Die Einführung des kostenbeteiligungsfreien Mittagessens stellt für einige Schulen auf Grund der baulichen Bedingungen eine Herausforderung dar. Trotzdem unterstützen die Schulen mit kurzfristigen kreativen Lösungen die Umsetzung des Rechtsanspruchs. Um den konkreten Bedarf für bauliche Maßnahmen zu bestimmen, werden im September in allen Bezirken die „Regionalwerkstätten Mittagessen III“ stattfinden. Ziel dieser Werkstattgespräche ist die Feststellung von mittel- und langfristigen baulichen Handlungserfordernissen. Die für das Mittagessen zuständigen Bezirke nutzen die vom Abgeordnetenhaus zur Verfügung gestellten 5 Mio. Euro für die kurzfristige Beschaffung von Ausstattung wie Besteck, Teller und Möbel. Für langfristige Lösungen wird ein Mensa-Bauprogramm sorgen. Im neuen Doppelhaushalt hat der Senat dafür 24 Millionen Euro eingeplant, als gute Investition in gute Bildung. Berlin verstehen wir als familienfreundliche Stadt.

Mit diesen Maßnahmen entlastet Berlin viele Familien. Das ist sozial gerecht und bringt unsere Stadt dem Ziel einer beitragsfreien Bildung einen guten Schritt näher.

Sandra Scheeres (Senatorin für Bildung, Jugend und Familie)

Politische Großbaustelle geschlossen

Wir haben mehr als 20 Jahre darum gekämpft, die CDU/CSU war immer dagegen, doch jetzt ist es da: das Fachkräfteeinwanderungsgesetz. Es ist eine grundsätzliche Einladung an alle Fachkräfte mit Berufsausbildung und für diejenigen, die auf der Suche nach einem Studien- oder Ausbildungsplatz sind. Sechs Monate haben sie Zeit, einen entsprechenden Platz zu finden. Wir machen damit unser Land attraktiv für qualifizierte Fachkräfte aus dem Nicht-EU-Ausland, die wir dringend benötigen, um unseren Wohlstand zu sichern.

Die Koalition hat klare Regeln geschaffen, wer aus Drittstaaten kommen kann, und wer bleiben darf. Eine Trennung von Flucht und Migration kannte unsere Gesetzgebung in Fragen der Zuwanderung außerhalb der EU im Grunde nicht.

Wie jedes Gesetz wird man auch die Wirkungen dieses Gesetzespakets in den nächsten Jahren prüfen und weiterentwickeln. Kaum ein Thema hat so bewegt wie Migration, Integration und die Aufnahme von geflüchteten Menschen in unserem Land. In den Verhandlungen haben sich unsere Mitglieder in der Bundesregierung und wir als Bundestagsfraktion erfolgreich für deutliche Verbesserungen der Gesetzesentwürfe aus dem Bundesinnenministeriums eingesetzt.

Im Vorfeld habe ich mich intensiv mit dem Leiter der Ausländerbehörde Berlin, Herrn Mazanke, beraten und mir die aktuellen Daten und Fakten vorlegen lassen. In der Gesamtschau haben wir mit dem Paket aus sieben Gesetzen zum Bereich Migration und Integration zentrale Weichen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und eine moderne Einwanderungspolitik gestellt.

Eine „Duldung light“, wie sie im ursprüngli-

chen Gesetzentwurf vorgesehen war, konnten wir verhindern. Was es geben wird, ist eine Duldung mit dem Zusatz „für Personen mit ungeklärter Identität“. Sie gilt für ausreisepflichtige Personen, die über ihre Identität oder Staatsangehörigkeit getäuscht haben. Eine Einzelfallprüfung wird es selbstverständlich weiter geben. Der Status „Personen mit ungeklärter Identität“ kann jederzeit aufgehoben werden, wenn sich die Betroffenen kooperativ verhalten. Ausreisepflichtige Personen, die sich bis zum 1.7.2020 in einer Ausbildung befinden oder eine Beschäftigung gefunden haben, sind explizit ausgenommen.

Es wird keine Kriminalisierung der Zivilgesellschaft geben, wie es die Pläne des Bundesinnenministeriums ursprünglich vorsahen. Informationen wie Abschiebetermine unterliegen zukünftig der Geheimhaltungspflicht. Diese muss jedoch nur von zuständigen Beamten und Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung beachtet werden. Flüchtlingshelfer*innen, Anwalt*innen und Journalist*innen gehören eindeutig nicht dazu.

Es hat aber auch eine Verschärfung der Rechtslage bei Abschiebungen gegeben. Auf der Suche nach abschiebepflichtigen Personen darf die Polizei nun im Extremfall deren Wohnung betreten. Das ist eine harte Entscheidung und eine weitreichende Befugnisserweiterung für die Polizei. Es ist aber leider auch eine Reaktion auf Fälle, bei denen die Behörden getäuscht oder gar an der Nase herumgeführt wurden.

Solche Entscheidungen fallen nicht leicht. Und ich habe die Bedenken, die an mich hergetragen wurden, in den Gesetzgebungsprozess mit eingebracht. Es ist aber auch unsere Aufgabe zu verhindern, dass die Durchsetzungskraft der Gesetze, die wir beschließen und beschließen haben, nicht untergraben wird und dass diese Gesetze für alle gelten.

Lange haben wir um folgende Verbesserungen gerungen und konnten sie nun endlich durchsetzen: Geflüchtete Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 zu uns gekommen sind, in Betrieben ausgebildet werden oder inzwischen dort auch angestellt sind, können endlich den so genannten Spurwechsel vollziehen. Wir geben mit dem Gesetzespaket denjenigen Schutz, die Schutz brauchen und öffnen ihnen den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und damit zu Erwerbsarbeit!

Das Gesetzespaket hat inzwischen auch den Bundesrat passiert. Entgegen der völlig überzogenen Kritik im Bundestag haben sich die Landesregierungen unter Beteiligung von Bündnis 90/Die Grünen überwiegend nicht für eine Weiterleitung an den Vermittlungsausschuss eingesetzt.

Die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts wurde von diesem Gesetzespaket abgekoppelt, da noch eine weitere öffentliche Anhörung dazu durchgeführt werden musste. Im Ergebnis gab es zusätzliche Verbesserungen, so dass das Gesetz bei zwei Enthaltungen in der SPD-Bundestagsfraktion und ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen der Koalition im Deutschen Bundestag beschlossen wurde.

Ich habe dem Gesamtpaket nach intensiver Abwägung zugestimmt, da es unter dem Strich denjenigen, die in Deutschland eine Bleibeperspektive haben, deutliche Verbesserungen bringt und mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz endlich legale Wege zur Einwanderung ermöglicht.

Für weitere Fragen zu diesem Thema, stehe ich selbstverständlich gern für ein Gespräch bereit.

Klaus Mindrup (Mitglied des Bundestages)

Spenden und Mitgliedsbeiträge

Sollte es eure finanzielle Situation zulassen, freuen wir uns, wenn ihr die SPD mit Spenden zu unterstützt. Spenden fließen zu 100 Prozent der Gliederung oder einem bestimmten Zweck zu (Angabe der Arbeitsgemeinschaft oder Feste im Verwendungszweck) und sind zu 50 Prozent steuerlich absetzbar.

Kontoverbindung:

SPD Kreis Pankow

Berliner Bank

IBAN: DE47 1007 0848 0698 1781 00

BIC: DEUTDEDB110

Bitte denkt außerdem daran, eure Mitgliedsbeitragshöhe entsprechend eurem Einkommen aktuell zu halten. Vielen Dank!

Wir danken allen Genoss*innen für ihr Engagement im Europawahlkampf!

Impressum

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

SPD Pankow —

Kreisgeschäftsstelle „Gertrud Hanna“

Berliner Straße 30

13189 Berlin

Telefon: 030 962 09 660

E-Mail: kreis.pankow@spd.de

V.i.S.d.P.: Knut Lambertin, Kreisvorsitzender

Redaktion:

Birte Darkow, Rolf Henning, Jens Peter Franke

Redaktionsschluss: 25. Juli 2019

<http://www.spd-pankow.de>

<https://www.facebook.com/SPD.Pankow>

Bildnachweise: Foto Knut Lambertin (S. 1)

privat; Foto S. 4 © SPD-Fraktion in der BVV

Pankow